

ANFRAGE

der Fraktion *BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN*

vom 16. Februar 2017

**An den
Vorsitzenden des Kreistages Offenbach
Kreistagsbüro**

im Hause

Mit der freundlichen Bitte um Weiterleitung an den Kreisausschuss

Geplanter Umzug der Pro Arbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist geplant, für die Pro Arbeit komplett andere Räumlichkeiten im Kreisgebiet für eine Übergangszeit zu suchen. Eine sinnvolle Lösung mit einem Neubau in unmittelbarer Nähe des Kreishauses ist derzeit nicht geklärt und wird auch Jahre in Anspruch nehmen.

Insbesondere die Pro Arbeit hat Kundenverkehr, der auf den ÖPNV angewiesen ist.

Das Kreishaus ist in idealer Weise per ÖPNV aus dem Kreisgebiet erreichbar. Es ist davon auszugehen, dass dies bei anderen Räumlichkeiten nicht der Fall sein wird. Insbesondere ist von langen, umständlichen und teuren Anfahrten für die Kundschaft aus dem Ostkreis auszugehen, wenn die Pro Arbeit – wahrscheinlicher Weise – im Westkreis angesiedelt sein sollte. Beispielsweise kostet eine Fahrt von Seligenstadt nach Dreieich/ Sprendlingen zu einem ins Auge gefassten Standort pro Erwachsenen 4,80 €, dauert ca. 1 Stunde 45 Min mit 2fachem Umstieg. Bei anderen Verbindungen beträgt der Fahrpreis 8,35 € einfach.

Wir fragen dazu:

1. Wie viele Büros werden derzeit vom Personal des Kreises belegt? Wie viele werden absehbar benötigt?
2. Wie viele Büros im Kreishaus sind fremdvermietet? (wie z.B. an das Amt für Bodenmanagement).
3. Wie viele Arbeitsplätze / Büros würden mit dem kompletten Auszug der Pro Arbeit im Kreishaus frei?
4. Wie viele Mitarbeiter*innen gibt es, die im Homeoffice / mit Telearbeitsplätzen arbeiten? Gäbe es die Möglichkeit, diese Form des Arbeitsplatzes vermehrt anzubieten? Wenn ja, wie viele Arbeitsplätze könnten dadurch absehbar im Kreishaus entfallen?
5. Könnten weniger kundenintensive Bereiche der Kreisverwaltung vorübergehend umziehen? Wenn nein, warum nicht?
6. Könnte mit der Umsiedlung der Zulassungsstelle eine bessere Lösung als die derzeitige erreicht werden? Wenn nein, warum nicht?

7. Könnten Bereiche mit besonders intensivem Kundenverkehr im Kreishaus belassen werden?
Wenn ja: wie viele Büros würde dieser Bereich umfassen? Wenn nein: warum nicht?
8. Mit welchen Summen wird bei der Pro Arbeit für den Ersatz der Anfahrtkosten gerechnet, wenn ein Umzug in den Westkreis erfolgen würde?
9. Wie ist die Raumplanung für einen potentiell neuen Sitz der Pro Arbeit? Gibt es ein Raumkonzept? Wenn ja: wie sieht dieses aus?

Mit der Bitte um Beantwortung innerhalb der Frist von vier Wochen nach §22 der GO.

Für Ihre Mühe danken wir.
Mit freundlichen Grüßen

Reimund Butz



Kreis Offenbach

Kreis Offenbach · Werner-Hilpert-Straße 1 · 63128 Dietzenbach

An die
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Werner-Hilpert-Straße 1
63128 Dietzenbach

Der Kreisausschuss

Büro Kreistag

Ansprechpartner/in:
Wigbert Appel/ Brigitte Daus

Telefon:
06074/8180-3422/ 3104

Telefax:
06074/8180-3944

E-Mail:
kreistagsbuero@kreis-
offenbach.de.

Zeichen:
10.1-03 A 046

Datum:
15.03.2017

Geplanter Umzug der Pro Arbeit Ihre Anfrage vom 16.02.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Anfrage bezüglich **Geplanter Umzug der Pro Arbeit** wird wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Wie viele Büros werden derzeit vom Personal des Kreises belegt? Wie viele werden absehbar benötigt?

Antwort:

Es werden von den Beschäftigten der Kreisverwaltung 402 Büros belegt.
Es werden derzeit maximal 98 zusätzliche Büros benötigt.

Frage 2:

Wie viele Büros im Kreishaus sind fremdvermietet? (wie z.B. an das Amt für Bodenmanagement).

Antwort:

7 Büros sind (an das Amt für Bodenmanagement) fremdvermietet.

Frage 3:

Wie viele Arbeitsplätze / Büros würden mit dem kompletten Auszug der Pro Arbeit im Kreishaus frei?

Antwort:

Die Pro Arbeit belegt derzeit 134 Büros. Es wird keinen vollständigen Auszug der Pro Arbeit aus dem Kreishaus geben, da das Fallmanagement im Kreishaus verbleiben soll. Damit werden von den derzeit 134 Büros, ca. 95 Büros frei werden.

Frage 4:

Wie viele Mitarbeiter*innen gibt es, die im Homeoffice / mit Telearbeitsplätzen arbeiten? Gäbe es die Möglichkeit, diese Form des Arbeitsplatzes vermehrt anzubieten? Wenn ja, wie viele Arbeitsplätze könnten dadurch absehbar im Kreishaus entfallen?

Antwort:

Es wurden 5 Telearbeitsplätze eingerichtet und dies führte zu einer Raumeinsparung von 2 Arbeitsplätzen und 3 potentiellen Einsparungen von Arbeitsplätzen für zukünftige Telearbeitende. Bis zum heutigen Tag liegen fünf weitere Anträge vor, über die noch entschieden werden muss. Da nicht alle Arbeitsplätze für Telearbeit geeignet sind, wird sich die Anzahl von umsetzbaren Telearbeitsplätzen bei ca. 16 Plätzen bewegen. In diesem Fall würden maximal 6 Räume eingespart. Nach der gültigen Dienstvereinbarung ist die Anwesenheit der Beschäftigten auf ein bis zwei Tage wöchentlich festgelegt.

Das Konzept der beim Kreis als Heimarbeit bezeichneten Arbeitsform betrifft nur ca. einen Tag in der Woche und dient der befristeten Überbrückung von Engpässen. Es eignet sich nicht zur Einsparung von Räumen, da der ursprüngliche Arbeitsplatz erhalten werden muss.

Frage 5:

Könnten weniger kundenintensive Bereiche der Kreisverwaltung vorübergehend umziehen? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Es wurden bereits nicht kundenintensive Bereiche ins HLL nach Dreieich verlagert. Eine weitere Zergliederung der Verwaltung ist weder effektiv noch zielführend. Der Umzug der Kreisverwaltung im Jahr 2002 von Offenbach nach Dietzenbach sollte seinerzeit alle Organisationseinheiten, die an unterschiedlichen Standorten in Offenbach und Umgebung untergebracht waren, aus Gründen der Synergie und Effektivität der Arbeitsabläufe unter einem Dach vereinen.

Frage 6:

Könnte mit der Umsiedlung der Zulassungsstelle eine bessere Lösung als die derzeitige erreicht werden? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Die Zulassungs- von der Fahrerlaubnisbehörde zu trennen ist derzeit weder sinnvoll noch kundenfreundlich. Organisatorisch sind das Bürgerbüro, die Fahrerlaubnis- und die Zulassungsbehörde in einem Fachdienst angesiedelt.

Frage 7:

Könnten Bereiche mit besonders intensivem Kundenverkehr im Kreishaus belassen werden? Wenn ja: wie viele Büros würde dieser Bereich umfassen? Wenn nein: warum nicht?

Antwort:

Im Kreishaus wird das Jobcoaching als Ansprechpartner in Fragen der Vermittlung in Arbeit verbleiben. Bei Fragen der passiven Leistungen stehen die Jobcoaches ebenfalls zur Verfügung und werden diese Anfragen an die jeweiligen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Grundsicherung weiterleiten. Im Servicecenter wird die Theke als erster Anlaufpunkt besetzt bleiben, so dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin ihre Unterlagen persönlich abgeben, beziehungsweise persönlich Termine vereinbaren können. Die Beschwerdestelle und der Ombudsmann verbleiben ebenfalls im Kreishaus, so dass den Bürgerinnen und Bürgern die jeweilig notwendige Unterstützung geboten werden kann.

Frage 8:

Mit welchen Summen wird bei der Pro Arbeit für den Ersatz der Anfahrtskosten gerechnet, wenn ein Umzug in den Westkreis erfolgen würde?

Antwort:

Da das Jobcoaching im Kreishaus in Dietzenbach verbleibt und ausschließlich die Grundsicherung und die Administration in den Westkreis umziehen werden, wird sich der Ersatz möglicher Anfahrtskosten in nicht nennenswerten Werten bewegen. Schon heute kommunizieren die Kundinnen und Kunden mit der Grundsicherung meist per Brief, per E-Mail oder Telefon. Eine persönliche Vorsprache wird nur bei Neuantragstellung notwendig, da hier die Beratung der Grundsicherung in Dreieich erfolgen muss.

Frage 9:

Wie ist die Raumplanung für einen potentiell neuen Sitz der Pro Arbeit? Gibt es ein Raumkonzept? Wenn ja: wie sieht dieses aus?

Antwort:

Dem Verwaltungsrat der Pro Arbeit liegt das gesamte Raumkonzept für die Anmietung des Gebäudes in der Max-Planck-Straße in Dreieich vor.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Quilling
Kreisbeigeordneter

Carsten Müller
Kreisbeigeordneter